

Postcheck-Konto:
Leipzig Nr. 34918.

Die „Sächsische Elbzeitung“
erscheint Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend. Die
Ausgabe des Blattes erfolgt
tags vorher nachm. 5 Uhr.

Bezugs-Preis viertel-
jährlich 2.— M., 2 monatlich
1.40 M., 1 monatlich 70 Pfg.
durch die Post vierteljährlich
2.10 M. (ohne Bestellgeld).

Einzelne Nummern 12 Pfg.
Alle Kaiserlich, Postanstalten,
Postboten, sowie die
Zeitungsverleger nehmen freier
Bestellungen auf die
„Sächsische Elbzeitung“ an.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau,
sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Wima Hietze. — Verantwortlich: Konrad Rohrlavver, Bad Schandau.

Fernsprecher Nr. 22.
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Ver-
breitung d. Bl. von großer
Bedeutung, sind Montag,
Mittwoch und Freitag bis
spätestens vormittags 9 Uhr
anzugeben. Ortspreis für
die 5 gepalt. Zeilen
oder deren Raum 20 Pfg.,
bei auswärtigen Anzeigen
25 Pfg. (tabellarische und
schwierige Anzeigen nach
Uebereinkunft).

„Eingefandt“ und „Reklama“
50 Pfg. die Zeile.

Bei Wiederholungen ent-
sprechender Nachsaß.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittellndorf, Ostrau, Porschdorf, Postelwitz, Proffen,
Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilkha, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder irgendwelcher sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Druckereien oder der Verlagsanstalten) hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen-Annahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Rautenstraße 184; in Dresden und Leipzig: Haafenstein & Bogler, Invalidentank und Rudolf Rosz; in Frankfurt a. M.: G. R. Daube & Co.

Nr. 125

Bad Schandau, Donnerstag, den 17. Oktober 1918

62. Jahrgang.

I. Diphtherie-Sera mit den Kontrollnummern: 1844 bis 1852 einschließlich, ge-
schrieben: „Eintaufendachtundvierundvierzig bis Eintaufendachtundzweundfünfzig
einschließlich“, aus den Höchster Farbwerken, 351, geschrieben: „Dreihundertsechundfünfzig“,
aus der Merck'schen Fabrik in Darmstadt, 465 bis 472 einschließlich, geschrieben: „Vier-
hundertsechundfünfzig bis Vierhundertzweundsechzig einschließlich“, aus dem Serum-
laboratorium Ruete-Enoch in Hamburg, 258 und 259, geschrieben: „Zweihundertachtund-
fünfzig und zweihundertneundfünfzig“, aus der Fabrik vormals E. Schering in Berlin,
27 bis 38 einschließlich, geschrieben: „Siebenundzwanzig bis Achtunddreißig einschließlich“,
aus den Behringwerken in Marburg, 169 bis 174 einschließlich, geschrieben: „Einhundert-
neundsechzig bis Einhundertvierundsechzig einschließlich“, aus dem Sächsischen Serum-
werk in Dresden sind, soweit sie nicht bereits früher wegen Abschwächung usw. eingezogen
sind, vom 1. Oktober d. J. ab wegen Ablaufs der staatlichen Gewährsdauer zur Ein-
ziehung bestimmt worden.

II. Tetanus-Sera mit den Kontrollnummern: 532 bis 616 einschließlich, geschrieben:
„Fünfhundertzweunddreißig bis Sechshundertsechzehn einschließlich“, aus den Höchster
Farbwerken, ferner mit den Kontrollnummern 231 bis 272 einschließlich, geschrieben:
„Zweihundertsechundfünfzig bis Zweihundertzweundsechzig einschließlich“ sowie 274 bis 317
einschließlich, geschrieben: „Zweihundertvierundsechzig bis Dreihundertsechundfünfzig“,
aus den Behringwerken in Marburg, den Kontrollnummern 6 bis 9 einschließlich, ge-
schrieben: „Sechs bis Neun einschließlich“, sowie 11 bis 32 einschließlich, geschrieben:
„Elf bis Zweihunddreißig einschließlich“ aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden und
mit den Kontrollnummern 1 und 2, geschrieben: „Eins und Zwei“ aus dem Serum-
laboratorium Ruete-Enoch in Hamburg sind wegen Ablaufs der staatlichen Gewährsdauer
vom 1. Oktober 1918 ab zur Einziehung bestimmt worden.

Dresden, am 9. Oktober 1918.

1070 IV M *

Ministerium des Innern.

4663

Zu 1/17. 5. Nach Rücknahme des Versteigerungsantrags wird das **Verfahren zur
Zwangsvorsteigerung** der auf den Namen des Privatmanns **Wilhelm Max Arthur
Pönnig** eingetragenen Grundstücke Blatt 181 und 185 des Grundbuchs für **Porschdorf**
sowie der auf

26. Oktober 1918, vormittags 9 Uhr,

anberaumte Versteigerungstermin **aufgehoben.**

Königl. Amtsgericht Schandau,
am 14. Oktober 1918.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume werden bei dem unterzeichneten Haupt-
zollamte

Freitag, den 18., und Sonnabend, den 19. djs. Mts.,

nur dringliche Angelegenheiten erledigt.

Schandau, am 15. Oktober 1918.

Königliches Hauptzollamt.

Das Verzeichnis der in der Stadt Schandau wohnhaften Personen, welche nach
Maßgabe der nachstehend unter o abgedruckten Bestimmungen der §§ 31 bis 43, 84
und 85 des Gerichtsverfassungsgesetzes und des § 24 des Gesetzes, die Bestimmungen
zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes enthaltend, vom 1. März 1879 zu dem
Schöffen- und Geschworenennamen berufen werden können (Urliste), ist aufgestellt und liegt
vom 18. bis 25. Oktober d. J.

während der üblichen Geschäftszeit an hiesiger Ratsstube zu jedermanns Einsicht aus.
Vom Zeitpunkt der Auslegung an können gegen die Richtigkeit oder Voll-
ständigkeit der Urliste schriftlich oder zu Protokoll Einsprüche erhoben werden.

Schandau, am 15. Oktober 1918.

Der Stadtrat.

Anlage A

zu §§ 1, 3.

Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877.

§ 31. Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt; dasselbe kann nur von einem Deutschen
versehen werden.

§ 32. Unfähig zu dem Amt eines Schöffen sind:

1. Personen, welche die Befähigung infolge strafgerichtlicher Verurteilung
verloren haben;
2. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder
Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte
oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter zur Folge haben
kann;
3. Personen, welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über
ihr Vermögen beschränkt sind.

§ 33. Zu dem Amte eines Schöffen sollen nicht berufen werden:

1. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste das 30. Lebensjahr
noch nicht vollendet haben;
2. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste den Wohnsitz in der
Gemeinde noch nicht zwei volle Jahre haben;
3. Personen, welche für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus
öffentlichen Mitteln empfangen oder in den letzten drei Jahren, von Auf-
stellung der Urliste zurückgerechnet, empfangen haben;
4. Personen, welche wegen geistiger und körperlicher Gebrechen zu dem Amte
nicht geeignet sind;
5. Diensthofen.

§ 34. Zu dem Amte eines Schöffen sollen ferner nicht berufen werden:

1. Minister;
2. Mitglieder der Senate der freien Hansestädte;
3. Reichsbeamte, welche jederzeit einstelltig in den Ruhestand versetzt werden
können;
4. Staatsbeamte, welche auf Grund der Landesgesetze jederzeit einstelltig in
den Ruhestand versetzt werden können;
5. richterliche Beamte und Beamte der Staatsanwaltschaft;
6. gerichtliche und polizeiliche Vollstreckungsbeamte;
7. Religionsdiener;
8. Volksschullehrer;
9. dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärpersonen.

Die Landesgesetze können außer den vorbezeichneten Beamten höhere Verwaltungs-
beamte bezeichnen, welche zu dem Amte eines Schöffen nicht berufen werden sollen.

§ 84. Das Amt eines Geschworenen ist ein Ehrenamt. Dasselbe kann nur von einem
Deutschen versehen werden;

§ 85. Die Urliste für die Auswahl der Schöffen dient zugleich als Urliste für die
Auswahl der Geschworenen.

Die Vorschriften der §§ 32 bis 35 über die Berufung zum Schöffenamte finden
auch auf das Geschworenennamte Anwendung.

Gesetz,

die Bestimmungen zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes
vom 27. Januar 1877 ic. enthaltend,
vom 1. März 1879.

§ 24. Zu dem Amte eines Schöffen und eines Geschworenen sollen nicht berufen werden:

1. die Abteilungsvorstände und Vortragenden Räte in den Ministerien;
2. der Präsident des Landeskonsistoriums;
3. der Generaldirektor der Staatsbahnen;
4. die Kreis- und Amtshauptleute;
5. die Vorstände der Sicherheitsbehörden der Städte, welche von der
Zuständigkeit der Amtshauptmannschaft ausgenommen sind.

Rohlenkartenausgabe betr.

Die Ausgabe
der neuen **Bezirkskohlengrund- und Zusatzkarten**
erfolgt **Donnerstag, den 17. ds. Mts., und zwar**

vormittags von 9—12 Uhr

für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 1—150

und

nachmittags von 2—5 Uhr

für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 151—264

im **Wernerschen Grundstück, Basteiplatz.**

Schandau, am 16. Oktober 1918.

Der Stadtrat.

Lebensmittel betr.

Von **Donnerstag** an sind bei den **Gemüsehändlern rote Möhren** erhältlich.
Der Preis für pfundweise Abgabe beträgt 18 Pfg., bei Abnahme von Zentnern 17 Pfg.
das Pfund.

Die auf **Liste** eingezeichneten Mengen sind **Freitag** oder **Sonnabend** bestimmt
abzuholen.

Kartoffeln. Für die Zeit bis 3. November werden von **Donnerstag**, dem 17. d. M.,
ab gegen Abgabe des Kopfes der Bezirkskartoffelkarte bei **Wenzel Haase**
14 Pfund auf **graue** und 10 Pfund auf **rote** Karte abgegeben. Preise wie
bisher.

Schandau, den 16. Oktober 1918.

Der Stadtrat.

Volkssküche.

Markenausgabe:

Freitag, den 18. Oktober 1918:

Häuser Nr. 1—150 vormittags 10—12 Uhr,

" " 151—264 nachmittags 2—4 "

im **Wernerschen Grundstück**, 6 Speisemarken 180 Pfg. Neu hinzutretende Teilnehmer
haben außerdem Abschnitt I der Nahrungsmittelkarte abzugeben.

Beflieferung:

Nr.	61	62	63	64	65	66
am	21. 10.	23. 10.	25. 10.	28. 10.	30. 10.	2. 11.
Nr.	71	72	73	74	75	76
am	22. 10.	24. 10.	26. 10.	29. 10.	1. 11.	4. 11.

von 1/2 12—1/4 1 Uhr mittags.

Schandau, den 16. Oktober 1918.

Volkssküche der Stadt Schandau.

Holzversteigerung.

Hohnsteiner Staatsforstrevier.

Gasthof „Lindenhof“ in Schandau, Mittwoch, den 23. Oktober 1918, vorm. 1/2 11 Uhr:
33 h. u. 510 w. Stämme, 49 h. u. 3185 w. Nidde, Kahlschläge, Abt. 2 u. 4, Durchforstungs- u. Dürr-
höfzer, Abt. 1—7, 10—12, 21—25, 29—31, 34, 38, 41—52, 55—58, 62, 64, 66, 77, 85, 86, 90, 91
u. 96. 550 ficht. Derbstangen, 1620 ficht. Reisthungen, Durchforstungen, Abt. 4, 6, 7, 26, 48, 56.
Kgl. Forstrevierverwaltung Hohnstein. Kgl. Forstrentamt Schandau.

Der Eindruck der deutschen Antwort.

Wann ist Wilsons Entscheidung zu erwarten?

Saag, 14. Oktober.

Reuters Bureau meldet aus Washington: In diesem amtlichen Kreise wird nach Kenntnisnahme der durch Funkpruch übermittelten deutschen Antwortnote erklärt, auf den ersten Blick scheint die Antwort eine vollständige Annahme der Bedingungen Wilsons und eine befriedigende Beantwortung seiner Fragen darzustellen.

In weiten Kreisen nimmt man unbeeinträchtigt durch eine auf der Kriegsbegehr beharrenden Presse an, daß sich Wilson mit dem Bescheide aus Berlin begnügen und nunmehr unerschütterlich an die Verbündeten mit dem Waffenstillstands-vorschläge herantreten wird.

Wann kommt Antwort aus Amerika?

Die deutsche Antwort auf Wilsons Fragen wird aller Wahrscheinlichkeit am Montag früh in Washington durch den Schweizer Gesandten überreicht worden sein, wenn nicht ihr Weg über Paris geführt und dadurch eine Verzögerung erlitten hat. Man kann also in Berlin am Mittwoch nachmittag oder Donnerstag früh eine Antwort haben. Natürlich wird dann noch keine endgültige Antwort erfolgen, sondern der Präsident wird mitteilen, daß er sich nunmehr mit den Verbündeten in Verbindung setzen wird, um ihnen den Vorschlag eines Waffenstillstandes zu machen. Von der Beratung der Mitglieder des Verbandes wird dann das weitere abhängen.

Das Echo in Deutschland.

Naturngemäß ist der Eindruck, den die deutsche Note in Deutschland gemacht hat, geteilt. In allen Kreisen empfindet man es zunächst wohl gleich schmerzhaft, daß wir zugestimmt haben, daß besetzte Nordfrankreich und Belgien zu räumen, und schmerzlicher wohl noch, daß die eltsch-lotbringische und die polnische Frage als internationale Angelegenheit anerkannt worden ist, und die auf dem kommenden Friedenskongreß verhandelt werden soll. Während aber ein kleiner Teil der Presse in diesen Zugeständnissen ein Verhalten sieht, das durchaus nicht durch die militärische Lage gerechtfertigt erscheint, legt der größere Teil der deutschen öffentlichen Meinung Wert auf die Feststellung, daß wir mit der Antwortnote die Tür zum Frieden weit geöffnet haben. Das deutsche Volk bringt einer besondern Zukunft und der Rettung Europas vor dem äußersten Schrecken des Krieges ein großes, schmerzliches Opfer, es muß nach den feierlichst verkündeten Grundsätzen der Gegenpartei erwarten, daß es dafür Vorteile aus dem Dauerfrieden erkaufen, die den Abbau der Kriegskosten und den Wiederaufbau der menschlichen und kulturellen Werte erleichtern und die Völkerverbindungen sicherer gestalten als bisher. Alles hängt nunmehr von der Aufnahme unseres Schrittes und dem Verlauf der Verhandlungen ab.

Stimmen der Feinde.

Während der überwiegende Teil der feindlichen Presse sich einer ganz ungewohnten Zurückhaltung befleißigt, führen einzelne Organe in Frankreich, England und Italien in der Kriegshetze fort. Sie fürchten offenbar den Frieden, weil sie ihn nicht auf Gerechtigkeit, sondern auf Vergewaltigung aufbauen wollen. Besonders in England aber werden doch immer mehr Stimmen laut, die sich für die jetzt beginnende Verständigung erklären. Die Chauvinistenpresse Frankreichs aber will von keinem Vergleich, von keinen Verhandlungen vor dem vollständigen Sieg etwas wissen. An solchen Stimmen fehlt es übrigens auch nicht aus Amerika. Doch sind sie — das muß hervorgehoben werden — augenblicklich in der Minderzahl. Sehr bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Reutersmeldung, nach der die „maßgebenden“ Kreise Englands nicht bereit seien, einen Waffenstillstand zu gewähren, solange Deutschland nicht machtlos und unfähig sei, den Krieg noch einmal aufzunehmen.

Die Neutralen.

In allen neutralen Ländern ist man der Überzeugung, daß durch den Schritt der deutschen Regierung und insbesondere durch die Beantwortung der drei Fragen Wilsons dem Frieden der Weg geebnet ist, wenngleich man nicht perkennt, daß noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Man ist jedoch — darüber sind alle neutralen Pressestimmen einig — der Überzeugung, daß die Verhandlungen nicht mehr stocken werden, wenn auch noch nicht sofort Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen beginnen sollten.

Wilson's Antwort.

Forderung besonderer Sicherheiten.

Saag, 15. Oktober.

Wie das holländische Nieuwe Bureau drahtlos aus Washington meldet, hat Staatssekretär Lansing dem Schweizerischen Geschäftsträger, der die deutschen Interessen in Amerika vertritt, folgende Note zugestellt:

In Erledigung der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 12. Oktober, die Sie mir heute überreichten, habe ich die Ehre, Sie zu bitten, folgende Antwort an Deutschland zu übermitteln: Die unbedingte Annahme durch die heutige deutsche Regierung und die große Mehrheit des Deutschen Reichstages der Bedingungen, die in der Vorhaft des Präsidenten Wilson an den amerikanischen Kongreß vom 8. Januar 1918 und in dem späteren Beschlusse niedergelegt wurden, berechtigt den Präsidenten, die folgende offenerzogene und direkte Erklärung abzugeben über die Entscheidung, die er auf die Erklärungen der deutschen Regierung vom 8. und 9. Oktober getroffen hat: Es muß klar verstanden werden, daß die Entscheidung über die Räumung des Gebietes und die Bedingungen des Waffenstillstandes Fragen sind, die der Entscheidung und den Vorschlägen der militärischen Ratgeber der Regierung der Vereinigten Staaten und der assoziierten Mächte vorbehalten sind.

Der Präsident erachtet als seine Pflicht, zu sagen, daß keinerlei Abmachungen durch die amerikanische Regierung angenommen werden können, welche nicht absolute und befriedigende Garantien und Sicherheiten bieten, daß die heutige militärische Überlegenheit der amerikanischen und alliierten Streitkräfte im Felde aufrechterhalten bleibt. Der Präsident vertraut, mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß dies ebenfalls die Meinung und Ansicht der alliierten Regierungen ist. Der Präsident meint, daß es ebenfalls seine Pflicht ist, hinzuzufügen, daß weder die amerikanische Regierung noch er selbst vollkommen überzeugt ist, daß die Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, dem zustimmen, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die bewaffneten

Streitkräfte Deutschlands ihre gefehdrigen, unmenschlichen Handlungen fortsetzen.

In der gleichen Stunde, wo die deutsche Regierung sich an die amerikanische Regierung mit Friedensvorschlägen wendet, sind die deutschen U-Boote damit beschäftigt, auf der See Schiffe zu versenken, und nicht nur diese Schiffe selbst, sondern auch die Rettungsboote, worin die Passagiere und Mannschaften ihr Leben zu retten versuchen. Bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge in Flandern und Frankreich führen die deutschen U-Boote damit fort, alles rücksichtslos zu vernichten. Dies wurde und wird von mir immer als ein direktes Vergehen gegen die Regeln und Bestimmungen der zivilisierten Kriegsführung angesehen.

Aus Städten und Dörfern, soweit sie nicht völlig zerstört werden alle Dinge, die sie enthalten, geraubt und oft sogar ihre Bevölkerung verschleppt. Den Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, darf man nicht zumuten, daß sie einen Waffenstillstand genehmigen, solange diese Taten der Unmenschlichkeit, Raub und Verwüstung fortbauern, welche sie berechtigterweise mit brechenden und brennenden Herzen betrachten. Es ist ebenfalls notwendig, damit keinerlei Möglichkeit des Mißverständnisses bestehen bleibt, daß der Präsident feierlich die Aufmerksamkeit der Deutschen auf die Bedeutung und den klaren Inhalt eines der Friedenspunkte lenkt, den die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Dieser Punkt ist enthalten in der Rede, welche Präsident Wilson am 1. Juli bei Mount Vernon gehalten hat und lautet:

„Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die es in Händen hat, allein, geheim und aus eigener Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Verabminderung bis zu tatsächlicher Ohnmacht.“ Und die Macht, die bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist gerade eine von denen, die der Präsident in dieser Rede im Auge gehabt hat.

Es liegt in der Macht des deutschen Volkes, dies zu ändern. Die Worte des Präsidenten enthalten die berechtigten und naturgemäßen Bedingungen, bevor es zu einem Frieden kommen kann. Wenn es zu einem Frieden kommen soll, muß es durch das Eingreifen des deutschen Volkes selbst geschehen. Der Präsident fühlt sich gezwungen, zu sagen, daß die ganze Entwicklung des Friedensschlusses seiner Ansicht nach von der klaren Entscheidung, dem genügenden Charakter der Garantien, die in dieser fundamentalen Angelegenheit geboten werden, bestimmt wird. Es ist unermesslich, daß die Regierungen, die gegen Deutschland verbündet sind, ohne die Möglichkeit irgendeiner Täuschung wissen müssen, mit wem sie zu tun haben. Der Präsident wird ferner eine besondere Antwort an die österreichisch-ungarische Regierung senden.

ges. Lansing.

Man wird den amtlich übermittelten Wortlaut der Antwort Wilsons abwarten müssen, ehe man zu ihr Stellung nehmen kann. Es braucht nicht nochmals betont zu werden, daß die angeblichen „Unmenschlichkeiten“ auf unserm Rückzuge Phantasiegebilde der Berleubungskunst unserer Feinde sind. Wohin die Antwort (wenn der Reutersche Text dem Wortlaut entspricht) mit seinen dunklen Andeutungen letzten Endes zielt, spricht ein englisches Blatt, der „Manchester Guardian“ offen aus, wenn er schreibt: „Das beste wäre, wenn der Kaiser zugunsten seines Enkels abdankte und Prinz Max von Baden Regent würde.“ Wenn der amtliche Text der Antwortnote vorliegt, wird noch manches darüber zu sagen sein.

Der Brief.

Neben den ungeheuren Ereignissen, die jetzt Schlag auf Schlag die Welt erschüttern, und im Angesicht der tiefgreifenden Umwälzungen unseres nationalen Lebens, auf die wir uns feilisch vorbereiten müssen, nimmt sich die Briefgeschichte des Prinzen Max von Baden im Grunde recht klein und nebensächlich aus. Sie ist auch im Auslande nichts weniger als eine große Haupt- und Staatsaktion behandelt worden. Aber in unserem eigenen Lande glaubt man auch diesen neuesten „Fall“ mit aller der Gründlichkeit, Gewissenhaftigkeit und — Schonungslosigkeit aufdecken, behandeln und erledigen zu müssen, von der wir nun einmal, wie es scheint, nicht lassen können, auch auf die Gefahr hin, uns selbst damit tief ins Fleisch zu schneiden. Alles muß bei uns untersucht, aufgefährt und abgeurteilt werden, koste es was es wolle. Und wenn darüber — nach noch nicht ganz vierzehn Tagen! — wieder ein Kanzlerwechsel nötig sein würde: sei's darum; auf einen Kanzler mehr oder weniger kann es in diesen Zeiten schon gar nicht mehr ankommen. Die Hauptfrage ist, daß man sich austoben kann.

Nun, Prinz Max von Baden hat nichts zu verbergen, und so hat er selbst seinen Brief an den Prinzen Alexander von Hohenhausen jetzt zur Verteilung bringen lassen. Er stammt aus dem Januar 1918 und behandelt die Aufnahme, die seine Ansprache in der Ersten babilischen Kammer damals im In- und Auslande gefunden hatte. Der Prinz macht kein Hehl daraus, daß ihm der heftige Tadel der Alldeutschen ebenso unbegründet erscheine wie die beständige Umschweibung der Linken, der er durch seine deutliche Ablehnung der demokratischen Parole und zumal des Parlamentarismus eigentlich keinen Anlaß zu Verfallsbezeugungen gegeben habe. Ein Wort ersingemal praxillischen Christentums, wie er es in Karlsruhe gesprochen, müßten die Leute von der Linken erst „durch den Dreck und Schlamm ihrer erschreckenden Torheit hindurchziehen“, um es sich ihrer niederen Bestimmung anzupassen. Er habe die demokratische Parole der Westmächte verhöhnen wollen, und dazu habe er sich mit unseren inneren Zuständen befassen müssen. Er lehne den westlichen Parlamentarismus für Baden wie für Deutschland ab und habe geltend gemacht, daß Institutionen überhaupt keine Heilmittel für die Nöte des Volkes seien. In der Friedensfrage wünsche er natürlich eine „möglichste Ausnutzung unserer Erfolge“ und im Gegenzug zu der sogenannten Friedensresolution, diesem „scheußlichen Kinde der Angst und der Berliner Sundastraße“, wünsche er möglichst große Vergütungen, damit wir nach dem Kriege nicht zu arm würden. Über Belgien, das gegenüber England unser einziges Kompensationsobjekt darstelle, hätte man schon mehr als genug geredet, es sei denn, wenn die Vorbereitungen eines dauernden Friedens schon gegeben wären. Gegenüber der schändlichen Niedertracht der Bestimmung aus seitens unserer Feinde sündigten wir durch Dummheit, dem Alldeutsche und Friedensresolutionen seien beides gleich dumme Erfindungen, wenigstens in der Form, in der sie auftraten.

Dies ungefähr der Inhalt des dem Empfänger gestohlenen und danach in Ententebüchern veröffentlichten Briefes. Er gibt die Ansichten eines Mannes wieder, der von unparteiischer Seite aus die Beizeignisse beobachtete,



Hauptmann Böldes Heldentod

„Ist das deutsche Volk zu dankbarem Gedenken an seine Ruhmestaten und zur Zeichnung auf die neunten Kriegs-Anleihe mahnen.“

Leih Euer Geld dem Vaterland!

der weder sich noch andere Leute für unfehlbar hält und auf dem Grunde einer tiefstlichen, durch alle Schrecknisse des Krieges unerschütterlich gebliebenen Weltanschauung sein Volk zur Selbstbestimmung anhalten möchte. Der Kanaler hat den Parteiführern gegenüber, die mit ihm wegen des Briefes verhandelten, auf verschiedene Tatsachen verwiesen, die ihn vor dem Vorwurf eines unverständlichen Bestimmungswechsels schützten müßten: wie er immer, schon im Januar 1917, für Verständigung klarer, festumgrenzter deutscher Kriegsziele eingetreten sei, wie er die Friedensresolution wohl ihrem Inhalte nach gebilligt, dem Zeitpunkt nach dagegen verworfen, wie er im Februar 1918 eine unzweideutige Erklärung über Belgien gefordert und daran festgehalten habe, als wir auch schon den Höhepunkt unserer militärischen Erfolge erreicht hatten. Die alldeutschen Gründe habe er immer bekämpft, da sie die Widerstandskraft unserer Feinde stählen konnten, und nur Friedensangebote an Regierungen verurteilt, die nichts von einem Rechtsfrieden wissen wollten. Im Innern habe er das gleiche Wahlrecht für Preußen seit jeher befürwortet, eine zu weitgehende Parlamentarisierung allerdings nicht für nötig gehalten, wie er auch ein erklärter Gegner des Siebener-Ausschusses gewesen sei, der jeden Schritt der Regierung kontrollieren sollte; denn nach seiner Meinung müsse auch innerhalb der Demokratie Raum sein für das Vertrauen in die Führung. Seine Auffassung über das demokratische Programm habe sich während des Krieges in gerader Linie fortentwickelt, aber gegen eine kritiklose Übernahme westlicher Institutionen sei er auch heute noch.

Mit anderen Worten also: der Prinz hat zugelernt seit 1914. Will und soll man ihm daraus einen Vorwurf machen? Die bürgerlichen Parteien der Regierungsmehrheit, die ja auch noch nicht gar so lange den Standpunkt vertreten haben, den sie heute einnehmen, sind für solche Reberichterlei nicht zu haben, aber die Unentwegten auf ihrem linken Flügel, die Sozialdemokraten, schütteln immer noch bedenklich die Köpfe. Vielleicht glaubten sie die gute Gelegenheit, sich von der immerhin etwas peinlichen Führung durch einen leibhaftigen Thronfolger wieder freizumachen, nicht verpassen zu dürfen; von der Einsicht jedenfalls, daß auch die friedfertigsten Naturen von den grundtötenden Erlebnissen dieses Krieges nicht unberührt bleiben konnten, scheinen sie sehr weit entfernt zu sein. Vielleicht findet sich aber doch noch ein Weg des Ausgleichs in diesem Falle; man sollte doch wenigstens bis auf weiteres annehmen dürfen, daß auch Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittler noch ein Wort mitzureden haben.

Schwere Kämpfe in Flandern.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus Großes Hauptquartier, 15. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Geeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind seine Angriffe auf breiter Front zwischen Ypern und der Yser wieder aufgenommen.

Es gelang ihm, über unsere vordere Stellung hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Kortemar—östlich von Koekelare, das nach hartem Kampf in Feindes Hand fiel, südwestlich von Ypern und nordöstlich von Menen zum Stehen.

Wenen und Werwil wurden gegen starke Angriffe behauptet. Übergangsbereiche des Feindes über die Yser bei Komon bereit.

Bei erneuten Angriffen am Nachmittag gingen Handzame und Kortemar verloren, starke mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Gits scheiterten. Zwischen Ypern und Menen konnte der Feind am Nachmittag nur noch wenig Boden gewinnen.

Erfolgreiche Vorfeldkämpfe westlich von Lille und am Sante Deule-Kanal. Am Sante-Abchnitt nördlich von Dausy und bei St. Couplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Geeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In dichtem Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Yser vor und faste vorübergehend auf den Höhen südlich von Macaigny und nördlich von Origny Fuß. Umsassend angelegter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Yser wieder zurück.

Heftige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Laon, westlich der Aisne und im Aisne-Bogen südwestlich von Grandpre.

Geeresgruppe Gallwitz. Zwischen der Aisne und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an. Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aisne und beiderseits der von Charpentry auf Panthenville führenden Straße. Die teilweise bis zu viermal wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Nisch fanden kleinere Kämpfe statt. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

DEUTSCHES GUT FÜR DEUTSCHES ENIT!

Er starb als ganzer Mann, der als Bahnbrecher und Meister

der deutschen Kampfklieger unter rücksichtslosem Einsatz

aller Kräfte zielbewußt seine Luftwaffe

führte. Die Früchte seines Wirkens

siehen leuchtend vor unseren Augen in den

herrlichen Taten seiner Schüler und Nach-

folger im Luftkampf. Ein Stück von jenem

Heldengeweibe lebt in ihm, der mit klarem

Bewußtsein selbstlos auch das Höchste fürs

Vaterland herzugeben ständig bereit ist.

Prof. H. Böldes

Für sein Vaterland

gestallten

28. Okt. 1916



Die Erinnerung an Richthofen

mahn das deutsche Volk zur Zeichnung auf die 9. Kriegs-Anleihe.

Leih' Euer Geld dem Vaterland!

Die Rückzugstatistik.

Dem Berliner Korrespondenten des „Neuere Rotterdammer Courant“ erklärte eine maßgebende militärische Stelle, daß es für die Heeresleitung vor allem darauf ankomme, mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß der Krieg sich noch Jahre hinziehe, einen entscheidenden Durchbruch und die Vernichtung eines großen Teiles ihrer Streitkräfte zu verhindern. Dabei sei Zeitgewinn ein wichtiger Faktor wegen der knappen Zeit, während der der Verband in diesem Jahre noch schwarze Truppen verwenden könne. Ein mögliches, aber auch nicht allzu beschränktes Zurückweichen zwingt den Feind, jedesmal Zeit zu verlieren mit dem Heranbringen seines Materials, guten Aufklärungen usw. Bei mit geringer Sorgfalt vorbereiteten Angriffen sei das Ergebnis, daß der Angreifer, ohne die deutsche Stellung zu gefährden, hohe Verluste erleide. Der hervorstechende Frontwinkel sei schon beträchtlich verkürzt worden, nämlich von 750 auf 655 Kilometer, wodurch außer einer Menge Material rund 35 Divisionen freilägen. Nur die hohe Moral der deutschen Truppen ermögliche einen Rückzug wie den bisherigen.

Massenflucht der nordfranzösischen Bevölkerung.

Nachdem die Furcht vor der Beschießung sich nunmehr auch der Bevölkerung von Valenciennes mitgeteilt hat und dort 30 000 Einwohner nicht mehr von der Flucht nach dem Osten abzuhalten sind, hat die deutsche Regierung sich erneut an die Schweizer Regierung gewandt. Die Schweizer Regierung ist gebeten worden, die französische Regierung von dieser Entwicklung unverzüglich zu verständigen und ihr vorzuschlagen, im Interesse der Bewohner der nordfranzösischen Städte die Zufuhr von Nahrungsmitteln, von einer Beschießung der größeren Städte abzuhalten und ihre Verbündeten ebenfalls dazu zu veranlassen. Auch sei die deutsche Regierung dazu bereit, wenigstens einen Teil der Bevölkerung zum Abtritt in die feindlichen Linien zu überreden, wofür allerdings besondere Abmachungen von Front zu Front erforderlich sein würden. Falls die französische Regierung auf unsere Vorschläge nicht eingeht, kann die deutsche Regierung die Verantwortung für die Leiden der Bevölkerung, die eine Folge der vernichtenden feindlichen Beschießung aller größeren und kleineren Ortschaften hinter unserer Front ist, nicht übernehmen.

Französische Hege in Bulgarien.

Die Agence Bulgare veröffentlicht einen formellen Protest der bulgarischen Regierung, wonach sich die deutschen Truppen die Bulgarien verlassen, Vorräte und Materialien der bulgarischen Armee gewaltsam aneigneten, daß sie Material und Ausrüstungsgegenstände des Roten Kreuzes mitnahmen und die verwundeten bulgarischen Soldaten zwängen, ihre Kleider und Stiefel auszugeben, und sie halb nackt auf der Landstraße liegen. — Der Ton dieses Protestes läßt, wie halbamtlich mitgeteilt wird, darauf schließen, daß der französische Propagandadienst die Leitung der Agence Bulgare übernommen hat. Eine Erwiderung auf den Inhalt erübrigt sich.

Minen in holländischen Gewässern.

Am Monat September sind in holländischen Gewässern 318 Minen angetroffen worden. Davon waren: 263 englische Minen, eine französische Mine, 33 deutsche, 21 unbekannte Minen. — Seit Kriegsbeginn sind angetroffen worden: 4540 englische Minen, 81 französische Minen, 397 deutsche Minen, 511 unbekannte Minen.

Die Krise in Österreich-Ungarn.

Kabinettswechsel und Nationalitätenfrage. Wien, 15. Oktober.

Wie die Blätter melden, ist das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Hussarek bereits genehmigt. Graf Selys-Ladoczky soll mit der Neubildung des Kabinetts betraut sein. Auch das ungarische Kabinett ist zurückgetreten. Der ehemalige Abgeordneterhandpräsident Nabay soll das neue Kabinett bilden.

In politischen Kreisen wird auch der Rücktritt des gemeinsamen Ministers des Außern, Grafen Burian, als bevorstehend bezeichnet. Die Ursache sei darin zu suchen, daß die Auffassung des Grafen Burian, namentlich in der südslawischen Frage, in der ungarischen Delegation auf Widerstand stöße. Als Nachfolger des Grafen Burian werden der frühere Gesandte am päpstlichen Stuhl, Graf Szecseny, und der Votschafter Graf Secheny genannt. Die Kandidaturen des früheren Votschafters in London, Grafen Rensdorff-Bouilly, und des Votschafters in Konstantinopel, Grafen Ballavicini, stehen gegenwärtig nicht im Vordergrund. Hofrat Lammasch, der vielfach als Ministerpräsident genannt wurde, gilt als eigentlicher Unterhändler bei den Friedensverhandlungen.

Die Gärung in Böhmen.

In Prag sind außerordentliche Maßnahmen getroffen worden, um etwaige Unruhen sofort zu unterdrücken. Die Stadt gleicht einem Feldlager. Der Statthalter hat eine Rundschreibung erlassen, daß Gerüchte umgehen über eine

gewalttame Umwälzung im Staat. Diese Gerüchte seien unwahr. Durch Verhandlungen auf internationaler Basis werde eine Entwicklung im ruhigen Wege vorbereitet, bis dahin bleibe die jetzige Staatsform bestehen. Der Statthalter warnt vor Gewaltanwendung, da Gewalt mit Gewalt gebrochen werde. Er richte an die besonnenen Elemente die Bitte, sich vor unüberlegten Schritten zurückzuhalten. Gleichzeitig werden Proklamationen an das Volk verteilt, in denen mitgeteilt wird, daß die tschechisch-slowakische Republik proklamiert wird, und in der man sich gegen die Massenausfuhr von Lebensmitteln aus Böhmen wendet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ In der Mittwochssitzung des Reichstages ist eine neue Rede des Reichszuständlers Prinz Max von Baden zu erwarten. Der Kanzler wird diesmal lediglich über innerpolitische Dinge, über die Neuordnung unserer Verhältnisse, die Parlamentarisierung und die Demokratisierung sprechen und so ein verstärktes Bekenntnis zu dem neuen System ablegen. In politischen Kreisen ist man der Überzeugung, daß Prinz Max im Amte bleiben wird.

+ Die Eingliederung der neuernennenden parlamentarischen Unterstaatssekretäre in den Reichstag wird den bisherigen Geschäftsbetrieb wesentlich verändern. Da diese Unterstaatssekretäre keine eigene Abteilung leiten sollen, so werden sie in der Hauptsache an den Vortragern der Referenten bei den leitenden Unterstaatssekretären sowie bei den Staatssekretären und an den sonst stattfindenden Vorbesprechungen und kommissarischen Beratungen beteiligt bleiben, so daß sie über alle Fragen unterrichtet und in der Lage sind, die Verbindung mit den Fraktionen des Reichstages zu unterhalten und die Vorlagen im Parlament zu vertreten. Die Unterstaatssekretäre der Reichsämter beziehen ein Jahresgehalt von 20 000 Mark, nur die Unterstaatssekretäre des Auswärtigen Amtes beziehen 25 000 Mark. Wahrscheinlich wird allmählich bei jedem Reichsamt ein parlamentarischer Unterstaatssekretär geschaffen werden.

+ Die Neuordnung in Elsass-Lothringen wird sich in den nächsten Tagen vollziehen. Während es feststeht, daß der Zentrumsabgeordnete Haug zum Staatssekretär ernannt wird, ist die Personenfrage hinsichtlich der anderen Mitglieder noch nicht gelöst. Doch glaubt man in unterrichteten Kreisen annehmen zu dürfen, daß von sozialdemokratischer Seite der Abgeordnete Beirotes für das Unterstaatssekretariat der Finanzen, der fortschrittliche Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Burger für Justiz und Dr. Foret, Bürgermeister von Metz, für Landwirtschaft und Handel in Frage kommt. Es bestehe ferner die Absicht, Justiz und Kultus zu trennen und eine neue Abteilung für Kultus und Schulwesen zu schaffen. Diefür soll der Landtagsabgeordnete Universitätsprofessor Dr. Müller oder der Abgeordnete Dr. Didlo, beides katholische Geistliche, berufen werden.

+ Der Brief des Prinzen Max von Baden, der die politischen und parlamentarischen Kreise lebhaft beschäftigt hat, wird voraussichtlich nicht zu einer Kanzlerkrise führen. Die bürgerlichen Parteien wünschen keine Kanzlerkrise, und auch in sozialdemokratischen Kreisen hält man eine Kanzlerkrise im Augenblick für nicht ratsam. Indessen wird die Stellung der sozialdemokratischen Kreise erst endgültig nach einer am Dienstag stattfindenden Fraktionssitzung festgelegt werden.

Osterreich-Ungarn.

+ Der Besprechung Kaiser Karls mit den Vertretern der österreichischen Nationen wird die größte Bedeutung beigegeben. Bei der gegenwärtigen Unklarheit der Lage ist natürlich irgendein Ergebnis noch nicht erzielt worden. Man wartet offenbar auf Nachrichten aus dem Westen und will zuerst wissen, was Wilson denkt. Die Regierung hofft, daß er die „Vollamierung Mitteleuropas“ im Interesse des europäischen Friedens nicht wünsche und dementsprechend von dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen alles abschneiden wird, was über den Rahmen einer Föderation hinausgeht. Die Tschechen und die Südslaven aber hoffen, daß Wilson sich ausschließlich von dem uneingeschränkten Grundsatze der Selbstbestimmung leiten lassen werde. — Sicher ist nur eins, daß die Lösung der innerstaatlichen Krise sich nicht unter dem Ministerium Hussarek vollziehen wird.

Türkei.

+ Die Kammer ist mit einer Thronrede des Sultans eröffnet worden. Die Thronrede erinnert an die schwierige Lage, in die die Türkei durch den Zusammenbruch Bulgariens geraten sei. Sie habe durch ihr Friedensangebot gemeinsam mit den Verbündeten einen für die durch die Wirkungen des langen Krieges heimgekehrte türkische Nation und die heldenhafte Armee ehrenvollen Frieden herbeizuführen versucht. Vereint mit den Mittelmächten habe die Türkei die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Landes getroffen. Der Sultan hoffe auf einen günstigen Ausgang, und daß die Armee den während des Krieges erworbenen Ruhm bis zum Ende bewahre. Er stehe zu Wort, daß er die türkische Nation vor Zusammenbruch und Verzweiflung behüte und Spaltungen und Streitigkeiten nicht zulasse.

Dolen.

+ Die Errichtung eines Groß-Polen soll jetzt durch das Zusammenarbeiten der Polen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Kongreg-Polens durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke fanden in Warschau Verhandlungen statt, an denen auch die deutsch-polnischen Abgeordneten von Transsilvanien und Syda teilnahmen. — In diesem Sinne hat auch die polnische Regierung Schritte eingeleitet, die auf die Teilnahme der polnischen Delegierten an allgemeinen Friedenskongressen abzielen. Die polnische Regierung bereitet ferner die Errichtung von Gesandtschaften im Auslande vor. Zunächst sind die Städte Kiew, Bukarest, Bern, Kopenhagen und Stockholm dafür in Aussicht genommen.

+ Die militärische Okkupation Polens bleibt, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, vorläufig noch bestehen. Dagegen soll mit dem Abbau der Zivilverwaltung sofort begonnen werden. Der Abbau wird sich jedoch nur allmählich zu vollziehen haben, da Polen aus sich noch nicht über genügend Beamte verfügt. Es werden augenblicklich mit den polnischen Instanzen Verhandlungen darüber geführt, welche Zweige der Zivilverwaltung man zweckmäßig zuerst abbaut. Den Anfang wird man wohl beim Agrarwesen, beim Gefängniswesen und bei anderen sozialpolitischen Zweigen der Verwaltung machen. Alle Verwaltungsweige, die mit der Kriegswirtschaft in Ver-

bindung stehen, so zum Beispiel das Ernährungswesen und das Befehlswesen, werden noch in deutschen Händen verbleiben.

Ukraine.

+ Der ukrainische Ministerrat bestätigte den Gesetzentwurf über die Wiederherstellung des freien Kosakentums in der Ukraine, und zwar in den Gouvernements Tschernigow, Poltawa und einem Teile Charkows, wo noch Reste des Kosakentums existieren. Die wohlhabende Bauernbevölkerung soll zu diesen Formationen herangezogen werden. In der Spitze des Kosakentums soll eine Hada mit dem Sitz in Kiew stehen. — Zum Nachfolger General Mezejew als Leiter der Freiwilligenarmee ist General Denkin erwählt worden.

Rußland.

+ Das Schicksal der Zarinnen und ihrer Töchter ist noch immer ungewiß. Da der Papst sich lebhaft dafür interessiert, hat die österreichisch-ungarische Regierung in Moskau Schritte unternommen, um den Aufenthaltsort der Verschwundenen festzustellen. Die Antwort lautet, man wisse nicht, wo sich die Zarinnen mit ihren Töchtern aufhalten. Da Zweifel an der Genauigkeit dieser Auskunft bestehen, wurde eine Vertrauenskommission mit Nachforschungen beauftragt.

Finnland.

+ Die vollzogene Königswahl ist von dem größten Teil der Bevölkerung mit Genugtuung aufgenommen worden. Aus den Kreisen der Entente meldet sich zunächst Frankreich, das in einer amtlichen Mitteilung bekanntgibt, mit der Wahl eines deutschen Prinzen zum König von Finnland seien die Voraussetzungen für die Anerkennung Finnlands als selbständiger Staat hinfällig geworden. Zwischen Frankreich und Finnland bestünden von jetzt an keine amtlichen Beziehungen, doch verbleibe ein Konsularbeamter in Helsingfors, um das Interesse der französischen Staatsangehörigen zu wahren. Es steht zu erwarten, daß auch andere Ententestaaten eine ähnliche Erklärung abgeben werden.

Rumänien.

+ Die Abtretung der südlichen Dobruđa an Bulgarien, die jetzt in alter Form seitens des Verbandes erfolgt ist, hat im ganzen Lande eine lebhafteste Bewegung entzündet. Das amtliche Blatt „Steagul“ meint, daß jetzt die Früchte der Politik Bratianscu erst reifen. Rumänien sei zum zweiten Male von der Entente betrogen worden. So belohnt die Entente ein Land, das sich für sie ins Feuer gestürzt und zugrunde gerichtet hat. So hält die Entente ihre feierlich übernommene Verpflichtung, uns wenigstens die Unversehrtheit unseres Gebietes zu verbürgen. Von allen Enttäuschungen und Schlägen, die das rumänische Volk im Laufe der Jahrhunderte erlitten, ist die Tat, die unsere gefügigen Verbündeten jetzt gegen uns begehen, das Schrecklichste und Entwürdigste.

Tue Deine Pflicht und zeichne 9!

Im Kapitol.

Das Parlament der Vereinigten Staaten.

Die Augen der Welt sind in diesen Tagen nach Washington gerichtet, wo ein einzelner Mann die Entscheidung über das Schicksal der Welt treffen soll. Er wird es nur und kann es nur tun nach Beratung mit seinen Mitarbeitern. Und so wird das Kapitol, das Regierungsgebäude in Washington, in diesen Tagen weltgeschichtliche Bedeutung erlangen.

Schon immer war der Amerikaner unendlich stolz auf sein Kapitol, das den Mittelpunkt Washingtons bildet, zu dem alle Hauptstraßen laufen. Durchschneidet man eine dieser prächtigen Straßen, so hat man ständig die von Säulen getragene gewaltige Kuppel des monumentalen Bauwerks vor sich, die sich scharf vom lichten Himmel abhebt. Alles richtet sich nach dem Kapitol, jeder Weg führt zum Kapitol, das, weißlich sichtbar, auf einem Hügel gelegen ist. Den Kapitolschüssel und dessen Umgebung bedecken die herrlichsten Parkanlagen, und innerhalb dieses sehr weiten Parkgebietes finden wir auch den größten Teil der öffentlichen Gebäude. Leicht ansteigende, gewundene Pfade führen zwischen prächtigen Schmuckanlagen den Kapitolschüssel hinan. Vor uns liegt der majestätische Sandsteinbau mit dem gewaltigen Dom und reizvollen Flügeln aus weißem Marmor. Eine breite, stolze Freitreppe steigt zur Säulenhalle des Mittelbaues empor. Der Dom, die Krone des Kapitols, ruht auf einem Peristyl von 36 korinthischen Säulen und ist gekrönt von einer „Lanterne“, die elektrisch erleuchtet ist, wenn das Parlament eine Nacht Sitzung abhält.

Wie im Traume wandeln wir durch die endlosen Korridore, durch die mit Marmor ausgekleideten und mit Marmorplastiken geschmückten Treppenhäuser. Hier und dort werfen wir einen Blick durch die Fenster, die uns einen reizvollen Auschnitt der City, einen Blick auf das Washington-Monument oder den Marmorpalast der Kongressbibliothek, oder auch ein ausdrucksvolles Architekturglied des Kapitols selbst umrahmen. Am markvollsten wirkt aber die vom stolzen Dom überwölbte Rundhalle von 97 Fuß Durchmesser und 180 Fuß Höhe, die ihr Licht durch die 36 Fenster des Peristyls empfängt. Die Wände sind außerordentlich reich mit Gemälden, Skulpturen und Fresken geschmückt.

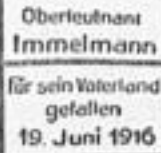
Wir spazieren weiter durch die wohlgepflegten Anlagen nach der Kongress-Bibliothek, die wohl als das prächtigste Bauwerk der Welt bezeichnet zu werden verdient. Besonders kostbar ist die Treppenhalle, die irgend jemand treffend als eine „Bilbon aus poliertem Stein“ bezeichnet hat. Die Kongress-Bibliothek umschließt über 900 000 Bücher und eine Reihe wertvoller Sammlungen. Haupträume sind die im Mittelbau liegende Eingangshalle (Treppenhause), die man sich als Empfangs- und Repräsentationsraum vorzustellen hat, und die Rotunde, der große öffentliche Lesesaal, der durch sämtliche drei Stockwerke bis unter das Dach reicht. Strahlenförmig um die Rotunde sind die Büchermagazine gelegt.

Es ist nicht gut möglich, in wenigen Worten dieses großartige Bauwerk zu schildern. Es ist in italienischer Renaissance ausgeführt, 470 Fuß lang und 340 Fuß tief und zum Zwecke ausreichender Beleuchtung mit vier größeren inneren Höfen versehen. Die Zahl der Fenster an den Fronten und Höfen beträgt fast 3000. In beiden Seiten der Treppenhalle steigt im Innern eine breite, in weißem Carrarmarmor geschichtete, prunkvolle Treppe nach dem ersten Obergeschosse empor. Marmorposten tragen figurliche Bronzefandelaber, aus welchen am Abend elektrisches Licht strömt. Schöne Säulenpaare mit reichen Kapitellen korinthischer Ordnung fassen ringsum die Treppenhalle ein und tragen die Gewölbe der an-

DEUTSCHES GUT FÜR DEUTSCHES BLUT

Leidenschaftliche Liebe meines Sohnes zum Vaterland erfüllte sein ganzes Wesen. Ich darf stolz sein auf seine Taten.

Dieses Bewußtsein läßt mich den Schmerz um seinen Verlust leichter ertragen, denn ich habe die feste Zuversicht, daß sein unerschütterlicher Glaube an ein siegreiches Deutschland sich erfüllen wird, wenn unser Volk opferbereit ausharrt.



Oberleutnant Immelmann für sein Vaterland gefallen 19. Juni 1916

Gottlieb v. Immelmann

schließenden Korridore. Die von den Säulen getragenen Bogenöffnungen sind mit Marmorsetzen und Palmblättern bedeckt, die hierlich aus dem edlen Stein herausgearbeitet sind.

Der das Kapitol und die Kongress-Bibliothek gebende hat, wird das weiße Haus, die Residenz des Präsidenten, nur noch mit geringem Interesse betrachtet. Es ist ein ziemlich schmuckloses Gebäude, das aber inmitten sehr reizvoller, symmetrischer Anlagen, dem Präsidenten-Park, liegt. Besonders bemerkenswert ist das sogenannte Ostzimmer, ein prächtiger, etwa 80 Fuß langer und 20 Stod hoher Brunnenaal, in dem die offiziellen Empfänge stattfinden und das während des Krieges zu besonderer Bedeutung gelangt ist, weil dort alle Beratungen Wilsons mit seinen Mitarbeitern stattfanden.

Fr. Hth.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 15. Okt. Dem Admiral v. Capelle, bisherigen Staatssekretär des Reichsmarineamts, ist das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern und der königlichen Krone verliehen worden.

Wien, 15. Okt. Der amtliche Heeresbericht meldet von der italienischen Front rege Geschichtstätigkeit. In Albanien vollziehen sich die Rückzugsbewegungen ohne wesentliche Störung durch den Feind.

Lugano, 15. Okt. Schweizer Blätter erfahren zuverlässig, daß in Serbien der Wunsch herrsche, das Friedensangebot der Mittelmächte anzunehmen.

Miga, 15. Okt. In Polnisch-Litland herrscht wegen des bevorstehenden Abzuges der deutschen Truppen eine panisartige Stimmung, da sich bereits der Bolschewismus bemerkbar macht.

Lissabon, 15. Okt. Über ganz Portugal ist der Belagerungszustand verhängt worden. Im Lande herrscht angeblich Ruhe.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 15. Okt. Der Kaiser hat an den scheidenden Chef des Geheimen Zivilkabinetts v. Berg ein Danktelegramm gerichtet und ihm den Stern der Komture des Hohenzollernschen Hausordens verliehen.

Berlin, 15. Okt. Der Reichskanzler empfing gestern den neuernannten Chef des Geheimen Zivilkabinetts Dr. v. Delbrück und den Gesandten im Haag Dr. Rosen.

Berlin, 15. Okt. Der deutsche Gesandte in Bulgarien, Graf Oberndorf, ist mit dem Geleitschäfts- und Konsulatspersonal hier eingetroffen.

Berlin, 15. Okt. Großadmiral v. Tirpitz hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem er verkündet, daß die Vaterlandspartei bei den Bestrebungen, einen Frieden in Ehren herbeizuführen, hinter der Regierung stehe.

München, 15. Okt. Der bayerische Landtag wird morgen zu einer Sonder Sitzung zusammentreten, um eine Reihe wichtiger Geleitschäfts-Verträge zu erledigen.

Genf, 15. Okt. Der Vereinsvorsitzende der elsass-lothringischen Gesellschaft in Frankreich sandte an Clemenceau eine Adresse, worin gegen einen Waffenstillstand ohne vorherige Räumung Elsass-Lothringens und gegen Präliminarien ohne Entscheidung für die Verstärkungen und Wänderungen energisch protestiert wird.

Aus Stadt und Land.

—* Deutschenkende Männer und Frauen von Schandau und der Umgegend wollen wir auch an dieser Stelle auf den öffentl. Lichtbildervortrag aufmerksam machen, den der Gewerbe-

verein, verbunden mit dem Aufklärungsausschuss heute, Donnerstag, den 17. Okt., abds. 8 1/2 Uhr, in Hegenbarths Sälen durch Herrn Staatsrat a. D. Leonhardi, einen gründlichen Kenner russischer, insbesondere sibirischer Verhältnisse, halten läßt; dazu sind vorzüglich auch die Insassen der Lazarette, die Mitgl. des Grenzschutzes und der Jugendfürsorge eingeladen. Die älteren Schulkinder haben in Begleitung Erwachsener Zutritt. Es ist zu hoffen, daß der Einladung viele folgen.

—* Wir werden ersucht, folgendes mitzutellen: Da es sich herausgestellt hat, daß sich der Montag aus gewissen Gründen nicht gut eignet, die Zusammenkünfte der hiesigen Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes abzuhalten, werden dieselben nunmehr Mittwoch stattfinden, u. zw. ist die nächste in der „Krone“.

—* Elbschiffahrtsnutzen. Vom 7. bis mit 13. 10. 1918 passierten das königliche Zollamt für den Schiffsverkehr in Schandau 33 mit Braunkohlen, Sand und Basaltsteinen, sowie 25 mit Stückgütern beladene Fahrzeuge. Vom 1. 1. bis mit 13. 10. 1918 sind insgesamt 2447 beladene Fahrzeuge bei dem genannten Zollamt abgefertigt worden.

—* Wegfall des Balkanzuges. Wie mitgeteilt wird, fällt der Balkanzug Berlin—Wien—Konstantinopel und zurück von jetzt ab aus.

Krippen. Von einer Luftschaukel stürzte der Lehrling Dünnebleier aus Postelwitz so unglücklich ab, daß er besinnungslos ins Stadtkrankenhaus Schandau getragen werden mußte.

Schnitz. Der Vereinslazarettzug „Hindenburg“ traf mit meist schwerverwundeten Kriegern vom westlichen Kriegsschauplatz und aus Feldlazaretten hier ein. Von den Verwundeten fanden 60 im Reservelazarett Schnitz

Unser Friedensangebot an Wilson darf keinen Eindruck der Schwäche auslösen. Die feindliche Presse trotzt bereits darüber, daß die Widerstandskraft unserer Front im Schwinden begriffen sei. Unser starkes Heer wird sie eines Besseren belehren. Unsere tapferen Soldaten müssen in diesem kritischen Zeitpunkt mit erneuter Zähigkeit die Nerven anspannen und den Feinden beweisen, daß ihre Hoffnung auf den deutschen Zusammenbruch trügerischer Wahn ist. Dann muß der Feind erkennen, daß an der Festigkeit des deutschen Soldaten kein Uebermut zerschellt, daß unsere Front gehalten wird, trotz der gewaltigen Anstrengungen unserer Feinde. Nur, wenn unser tapferes Heer seine Entschlossenheit wieder einmütig bekundet, werden unsere Feinde erkennen müssen, daß sie den Geist der deutschen Armee unterschätzt haben. Dann wird das deutsche Friedensangebot, auch wenn es von den Feinden als Schwäche gedeutet wird, sich die Achtung verschaffen, die ihm zukommt. Denn hinter ihm steht einmütig und geschlossen die Stärke des deutschen Volkes.



(Krankenhaus, Altes Amtsgericht und alte Schule) Aufnahme. Ein Teil war schon in Pirna dem dortigen Lazarett zugeführt worden, während der andere Teil nach Baugen weiterbefördert wurde.

Schnitz. In der Nacht zum Freitag wurde der Ehefrau eines hiesigen Fabrikanten die feisch gewaschene Wäsche aus dem Waschhause gestohlen. Die Diebe, zwei Soldaten aus Baugen, wurden in Neustadt von der dortigen Polizei angehalten, als sie im Begriff standen, die Wäsche auf der Bahn aufzugeben. Dem einen gelang es, sich der Festnahme durch die Flucht zu entziehen, der andere wurde hinter Schloß und Riegel gebracht. Der darob beglückten Hausfrau konnte die Wäsche wieder zurückgegeben werden. — Auf der Schandauer Straße wurde ein zehnjähriger Schulknabe von einem Geschirr überfahren und schwer verletzt. Er wurde zur ersten Hilfeleistung in das Haus des Herrn Bäckermeister Schreiber gebracht.

Dresden. Die Grippe ist hier noch weiter im Zunehmen begriffen. Besonders zahlreich sind Erkrankungen unter der Schuljugend. Es hat sich die Schließung einer Reihe von Klassen erforderlich gemacht. — Ein aufregender Vorgang spielte sich in der Nacht zum Montag am Ausgang zur Albertbrücke nahe dem Sachsenplatz ab. Dort war auf dem Heimwege nach Neustadt ein junges Liebespaar in Streit geraten. Im Laufe der Auseinandersetzungen hatte sich die 20 Jahre alte, in der Alaunstraße wohnhafte S. von ihrem Bräutigam losgerissen und war über die Brüstung hinabgesprungen. Das Mädchen war aber nicht ins Wasser, sondern in eine in der Elbe verankerte Jolle gestürzt. Der junge Mann war ihm sofort zu Hilfe geeilt, dabei aber selbst in den Elbkahn gefallen. Bei der Beförderung des Mädchens nach der nahe gelegenen Jägerkaserne ist dieses seinen schweren Verletzungen erlegen, während der junge Mann mit äußeren Verletzungen davonkam.

Auffig. Der Wirtschaftsbesther Walter in Seesitz hatte an einen unbekanntem Mann Kartoffeln zum Preise von 1 Krone für das Kilo verkauft. Es wurde Strafanzeige gegen ihn erstattet. Als Walter, eine in den besten finanziellen Verhältnissen lebenden Persönlichkeit, hierooon Kenntnis erhielt, entsetzte sich der 62 Jahre alte Mann derart darüber, daß er beschloß, Hand an sich zu legen. Er führte sein Vorhaben auch aus, indem er sich in seiner Scheune erhängte.

Staatssekretär des Reichsfinanzamtes Graf Roedern über die Kriegsanleihe:

Ob Krieg, ob Frieden, die Zeichnung der Kriegsanleihe bleibt in jedem Falle das wichtigste Gebot der Stunde.

Justus

Gebr. Arnhold
Bankhaus
DRESDEN

Hauptgeschäft: Waisenhausstrasse 20/22.
Zweiggeschäft: Hauptstrasse 38. — Zweiggeschäft: Chemnitzer Strasse 96.
Berlin W. 56, Französische Strasse 33e.

Ausführung aller bankmässigen Geschäfte. Verzinsung von Einlagen.
An- und Verkauf von Kriegsanleihen.
Stahlkammer, Schliessfächer.
Scheck-Verkehr, Postscheckkonto Leipzig Nr. 728.

Gewerbeverein
(verbunden mit dem Ausschuss für öffentliche Vorträge).
Nächsten Donnerstag, den 17. Oktober 1918,
abends 8 1/2 Uhr, in Hegenbarths Sälen

Großer, öffentlicher Lichtbildervortrag

des Herrn Staatsrat a. D. Leonhardi
über die Ukraine, die Krim und die Kaukasusländer.

Dazu werden unsere Mitglieder, wie auch alle deutschen Männer und Frauen von Schandau und den umliegenden Ortschaften, die diese in der Zukunft für uns so wichtigen Länder kennen lernen wollen, eingeladen.

Gewerbeverein und Aufklärungsausschuss.
— Krippen, Erbgericht! —
Sonntag, den 20. Oktober:
Telegramm! Die fidelen Telegramm!

Orpheum-Sterne
kommen!

Buch-Roman betr.

Wir geben bekannt, daß wir die Buch-Romane wieder binden. Auch bitten wir um Abholung der rückstehenden Hefte von „Das Glück der Braunsbergs.“

Einbanddecken sind eingetroffen! Sächsische Elbzeitung.

Zum Besten der Schandauer Kriegshilfe:
Kriegs- und Friedensgedichte.

Ein Gedichtbüchlein von Dora Haffe. — Preis 80 Pf. Zu haben in der Sächs. Elbzeitung, sowie bei G. Hoffack, El. Eigner.

Starke Abbarberklumpen (Pflanzen), Std. 1.50 u. 2 M., sowie Neuseeländer Spinat, Pfund 50 Pf., bei Walter Mehne.

Umbanwand, grüne Portiere, Verschiedenes von Kindern, Zinkbalkonkästen zu verkaufen. Offert. unter „Umbanwand“ a. b. Sächs. Elbzeitung

Nachlassversteigerung.

Sonntag, den 20. Oktober, nachm. 3 Uhr, werden in Prossen 9 a Nachlasssachen (Möbel, Haus-, Küchengeräte usw.) gegen sofortige Bezahlung freiwillig versteigert.
Der Ortsrichter.

Zum 1. Januar 1919 wird für Krippen eine gewissenhafte, ordentl. Frau od. gröh. Mädchen als Zeitungsträgerin gesucht. Zu melden in der Geschäftsstelle der Sächsischen Elbzeitung.

Hausmädchen

für alle häuslichen Arbeiten (Kochkenntnisse nicht erforderlich) zu älterem Ehepaare gesucht. Guter Lohn und gute Verpflegung. Eintritt sofort oder später.
Dresden-Laubegast, Hauptstraße 28/C, r.

Sudie Grundstück.

Landwirtsch., Gasthof, Biegelei, Mühle, Fuhrgeschäft, Gärtnerei, auch Stadtgrundstück oder hübsche Villa bei höchster Anz. evtl. Anz.
H. Gern, Hamburg, Gärtnerstraße 117 a.

Gemischt. Kirchenchor
Freitag 8 Uhr
die Herren im Turmzimmer.

Verleihen Sie sich

in der Deutschen Lebens- u. Versicherung Potsdam A.G. sowie in der Betriebs-Unterbrechungs-, Einbruchdiebstahl-, Veranlagungs-, Mietverlust-, Wasserleitungsschäd., Unfall-, Haftpflicht- u. Transportversicherung

„Vaterländische“ u. „Athenia“ Verein. Verf.-Ges., A.G., Elberfeld

Auskunft erteilt bereitwilligst F. K. Rohrlapper, Schandau.

Wende Sie auf Wunsch.

Mietverträge
hält vorrätig die Geschäftsstelle der Sächs. Elbzeitung.

Jugendheime.

Ein Kapitel aus der Jugendfürsorge.

In immer weitere Kreise dringt das Verständnis für die Notwendigkeit einer großzügigen Jugendfürsorge, wie das ja der jüngst in Berlin abgehaltene Jugendfürsorgetag gezeigt hat. Zu den Hilfsmitteln dieser Fürsorge gehört u. a. auch das Jugendheim. Die Jugendheime dienen vornehmlich dem Zweck, Lehrlinge und Arbeitsburschen an einen behaglichen Aufenthalt zu fesseln, in dem sie einen Kreis anständiger Kameraden antreffen und auf diese Weise vor schlechtem Umgang und Verführung bewahrt werden. Sie mögen dort ihre freien Abende bei edler Geselligkeit zubringen oder sich ihren Neigungen entsprechend geistig und technisch weiterbilden. Infolge der Wohnungsnot, die sich nach dem Kriege noch verschärfen dürfte und der zunehmenden Verwahrlosung und Autoritätslosigkeit der Jugend ist die Gründung derartiger Heime überall anzustreben.

Wenn der Jugendliche des Elternhauses entbehrt oder in ihm sittlich oder gesundheitlich gefährdet ist, so sollte er dauernde Aufnahme in ein Wohnheim und daselbst auch volle Beschäftigung finden. Wenn in seiner Familie ansteckende Krankheiten auftreten oder eins von den Eltern der Familie vorübergehend entzogen ist, so könnte er während dieser Zeit in einem Jugendheim untergebracht werden. Die Aufgaben, die dem Heimleiter zufallen, beschränken sich demnach nicht auf bloße Verwaltung der vorhandenen Einrichtungen, Beaufsichtigung und Verpflegung der Zöglinge, sondern sie sehen Kenntnisse und Fähigkeiten voraus, über die nur eine pädagogisch gesinnte Persönlichkeit in ausreichendem Maße verfügen wird.

Eine seiner wichtigsten Obliegenheiten sollte die gesundheitliche Förderung der Zöglinge bilden; während der jugendlichen Reifung ist das körperliche Wachstum genau so wie das sittliche vor tiefen Schädigungen zu bewahren. Bevölkerungspolitik angesehen dürfen wir in der Erhaltung des Nachwuchses an seiner Stelle Halt machen, vielmehr fordert der Wiederaufbau des deutschen Volkes die Ausdehnung der gesundheitlichen Fürsorge auf die Arbeitsstätten, die Wohnungen, die Beschäftigungen und Erholungstätigkeiten der Schulklassen. Wenn sie bei ihnen plötzlich aufhöre und diese sich selbst überlassen würden, so wäre die Arbeit für Säugling, Kleinkind, Schulfeld in ihren Auswirkungen gefährdet.

Die Schulklassen haben Anspruch auf Gelegenheiten zum Baden, Turnen, Spielen, zur Ausübung des Rasensports und der Leichtathletik; denn sie sollen die gesundheitliche Hemmung und Beeinträchtigung, die eine einseitige Berufsarbeit für die Entwicklung der Sinne, der Muskulatur oder der inneren Organe mit sich bringt, durch körperliche Bewegungen harmonisch ausgleichen. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, in Städten die Jugendheime in die Nähe öffentlicher Spielplätze, Turnhöfe, Kampfbahnen oder sanitärer Grünflächen zu legen. Von Zeit zu Zeit sollten die jungen Leute auch ärztlich gemustert und beraten werden. Sodann wären Vorträge über die Hygiene des Wanderns, Badens, Ruderns, des Rasensports, der militärischen Vorbereitungen zu erteilen, die bei den Jugendkompanien bereits eingeführt sind. Wenn sie in Form illustrierter Vorträge oder als Kinofilme gegeben werden, wie sie zurzeit das deutsche Tuberkulose-Zentralkomitee und die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstalten, so dienen sie gleichzeitig der Unterhaltung und werden die Jugend vom schädigenden Wirtshausbesuch und saden Vergnügungen abhalten.

Bei allen Unternehmungen kann der Jugendliche innerhalb gewisser Grenzen ein Selbstbestimmungsrecht für sich verlangen, wie bei der Wahl seiner geistig-technischen Fortbildung oder Unterhaltung. Diese Forderung wird bei einsichtigen Heimleitern kaum auf Widerspruch stoßen, weil sie von erheblicher Bedeutung ist. Ganz von selbst soll sich nämlich anstelle der Beaufsichtigung und Führung der Zöglinge von oben herab ein Geist der Zusammengehörigkeit und ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln. Selbstgegebene Gesetze, Ehrengerichtshöfe, Ehrenstrafen mögen die vorzüglichsten Mittel für die sittliche Erziehung beherzigender Jünglinge werden und in ihnen das Bewußtsein der Verantwortlichkeit, Gefühl für Ehre und Anstand erzeugen. Ist das der Fall, so kann ihnen auch ein Teil der Verwaltungsgeschäfte des Jugendheims übertragen werden.

Prof. Dr. Kemsies.

Geld.

Eine zeitgemäße Betrachtung.

Es sind viele Bücher über das Geldwesen und die Währung geschrieben worden, Bücher, die von Wissen strotzen — und in denen doch die Einsicht in das Wesen des Geldes nicht an das alte Verklein, Taler, Taler, du mußt wandern! heranreicht. Denn aus keinem anderen Gesichtswinkel kann dieses Mater erfasst werden, wird es vor allem dem Laien leichter verständlich, als wenn man seine Aufgabe und seine Wirkung als allgemeines Umlaufmittel behandelt.

Der Wert des Geldes liegt, das hat uns allen ja der Krieg zur Genüge gezeigt, nicht im Gelde selbst, wie dies bei anderen Dingen, etwa einem Schinken, einem Paar Stiefel oder einer Flasche Wein der Fall ist — seine Bedeutung liegt vielmehr darin, daß man es gegen diese Güter (und natürlich gegen alle anderen auch) eintauschen kann. So ist es ja im grauen Altertum entstanden, das lateinische Wort für Geld (pecunia) zeigt uns dies noch: es kommt von pecus — Vieh und das heißt eben nichts anderes, als daß man vor Schaffung des eigentlichen Geldes den Wert aller anderen Waren und Güter darnach angab, wieviel Sammel, Rinderviertel u. a. man dafür geben wollte. Vieh, das in anderen Ländern als Geld benutzte Getreide u. a. m. sind aber rasch vergänglich, man kam also allmählich dazu, den allgemeinen Wertmaßstab aus anderen Dingen zu wählen und verfiel schließlich auf die Edelmetalle, Silber und Gold. Sie sind schön, sehr schwer zerförderbar (besonders das Gold), so selten, daß sie für verhältnismäßig wertvolle Güter nicht allzu gewichtige Mengen von ihnen in Tausch gegeben zu werden brauchen und schließlich so leicht teilbar, daß auch kleine Tauschgeschäfte, das heißt also „Käufe“, sich mit ihnen ausführen lassen. Das, was der Late heute unter Geld versteht, entstand aus ihnen durch Befehl: der Staat setzte seinen Stempel auf ein Stück Metall von bestimmtem Gehalt und Gewicht — da war die Münze geschaffen, der Staat ersattete den Ersatz von

Münzen und Münzmetall, die in öffentliche Verwahrung kamen (später auch den Ersatz von Schuldforderungen verschiedener Art) durch Zettel, die auf bestimmte Beträge lauteten — und das Papiergeld, die Banknote (was übrigens nicht das Gleiche ist) waren entstanden.

Gemeinsam ihnen allen aber ist das eine, sie „wandern von dem einen zu dem andern“, sie ziehen durch die Welt, ohne jemals im eigentlichen Sinne des Wortes „verbraucht“ zu werden, wie dies mit den Dingen der Fall ist, die sie verlaufen. Es gibt natürlich Ausnahmen; wenn z. B. aus einer goldenen Doppelkrone (20 Mark) ein Trauring hergestellt wurde, was im Frieden nicht selten geschah, dann verbrauchte der Goldarbeiter die Münze — aber diese verlor gleichzeitig ihre Eigenschaft, Geld zu sein und wurde Ware, wie jedes andere Stück Metall. Denn das innerste Wesen des Geldes ist eben, daß es umläuft, daß es Umläufe aller Art vermittelt, indem es die dabei in Frage kommenden Werte mißt, genau ebenso, wie der Meterstab das Seitenband.

Und das Wort vom Maßstabe führt uns sogar ganz zwanglos zu einem Beispiel — es hint etwas, wie alle Beispiele —, an dem wir uns auch heute so oft gehörte Wort von der „Inflation“, dem Überfluß an Zahlungsmitteln veranschaulichen können. Denken wir uns, einer der sagenhaften Könige des Morgenlandes habe eine Weberei besessen, die einen Stoff herstellte, so kostbar, daß er seinen Getreuen stets nur ein bestimmtes Maß davon zur Belohnung schenkte. Da die Weberei am Ende jedes Jahres nur ein Stück von 400 Ellen fertig hatte, gab er denen aus seinem Gefolge, denen er jeweils vier Ellen davon zugebacht, eine Metallmarke, auf der sich ein Zeichen befand. Sein Schatz enthielt 100 solcher Marken, die ihm von der Weberei stets wieder abgeliefert wurden. In einem Jahre aber häufte sich das Verdrüß in seinem Reiche so, daß er die Marken lange vor Schluss des Jahres verausgabte hatte, und der Weberei den Auftrag gab, unbedingt ein zweites gleich langes Stück dieses Stoffes anzufertigen; gleichzeitig ebe er also noch wußte, ob sein Befehl ausgeführt wurde, ließ er 200 weitere Marken schlagen. Das Jahr ging zu Ende: trotz der Befehle des Königs, trotz aller angewendeten Mühen waren nur 200 Ellen mehr fertig geworden als sonst. Die Stoffmenge war also von 400 auf 600 Ellen gestiegen, die Zahl der Marken aber von 100 auf 300. Was tun? Sollte man die zuletzt ausgegebenen 100 Marken für ungültig erklären? — Von allen anderen Wegen abgesehen, ging dies schon darum nicht an, weil die Marken keine Nummern trugen, man also die letzten Empfänger nicht feststellen konnte. Aberdies war es gestatt, sie weiter zu verfechten (sie wurden gelegentlich sogar im Schleichhandel verkauft...), es blieb also nichts übrig, als anzuordnen, daß jeder Empfänger nicht die üblichen vier, sondern nur zwei Ellen erhalten sollte. „Man bekam für sein Geld nur die Hälfte, wie früher.“

Das ist, in die einfachste Form gebracht und allen Beiwerts entledigt, der Kern der sogenannten „Quantitätstheorie des Geldes“, der ältesten von allen. Sie sagt, wie die meisten Geldtheorien, die eine Seite der Sache besonders scharf ins Auge; sie ist aber, das haben die Erfahrungen des Weltkrieges bewiesen, noch immer der weitaus zuverlässigste Führer in dem Wirrsal der Ercheinungen, die gerade die Geldfragen darbieten.

Verschiedenes.

Die Bucheckernsammlung. Durch die Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts vom 10. Juli 1918 ist es den Landeszentralbehörden überlassen, Vorschriften über das Sammeln von Bucheckern zu erlassen und Abnahmestellen einzurichten. In Preußen werden miltliche Sammlungen durch die Kriegswirtschaftsämter unter Heranziehung der Schulen, in derselben Weise wie es bei Laubbäumen geschehen ist, durchgeführt. Außerdem steht es jedem frei, ohne Anschlag an die amtliche Sammlung Bucheckern zu sammeln, sofern er dazu die Erlaubnis des Waldeigentümers besitzt. Die fiskalischen Forsten sind mit einigen durch Rücksicht auf den Waldschuß bedingte Ausnahmen allgemein freigegeben. Die Privatwaldbesitzer sind verpflichtet, die amtlichen, vom Kriegswirtschaftsamt veranfalteten Bucheckernsammlungen zu dulden; wie weit sie die nicht an die amtliche Sammlung angeschlossenen freien Sammler in ihren Wäldern zulassen, steht in ihrem Ermessen. Soweit private Sammler sich der amtlichen Sammlung der Kriegswirtschaftsämter anschließen, worüber die einzelnen Kriegswirtschaftsämter nähere Bestimmungen erlassen, gewinnen sie dadurch Zutritt in die Privatwälder, auch ohne Erlaubnis des Eigentümers. Öffentliche Abnahmestellen werden von der Reichsfuttermittellstelle, Geschäftsabteilung (Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte) in allen Bucheckerngewinnungsgebieten eingerichtet. Von den Abnahmestellen gelangen die Bucheckern an die Darren und an die Mühlen, wo sie im Auftrage des Kriegsausschusses für Me und Fette zu Öl und Margarine verarbeitet werden. Das Speiseöl wird von dem für die Abnahmestelle zuständigen Kommunalverband auf die Ölbezugscheine zum Preise von 15,40 Mark je Kilogramm abgegeben. Soweit die Kommunalverbände Bucheckernöl wünschen, wird ihnen solches vom Kriegsausschuss für Me und Fette zugewiesen werden. Doch kann die Überweisung erst erfolgen, nachdem die Bucheckern verarbeitet sind, was einen gewissen Zeitraum in Anspruch nehmen wird. Um die Kommunalverbände in die Lage zu setzen, die Ölbezugscheine der Sammler frühzeitig einzulösen, kann den Kommunalverbänden auf Wunsch alsbald anderes Speiseöl geliefert werden. Sachsen, Hessen, mehrere thüringische Staaten, Anhalt, Schaumburg, Waldeck, Lübeck und Ostholstein haben sich der preussischen Organisation ganz oder in ihren Grundzügen angeschlossen, während für Bayern, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Braunschweig und Lippe-Deilmold mehr oder weniger abweichende Vorschriften über die Durchführung der Sammlung und Abnahme getroffen sind.

Nerven behalten! Wenn schon die Mahnung „Nerven behalten!“ im Privatleben für jede ernste Entscheidungshilfe gilt, so hat sie im Leben der Staaten eine noch viel größere Bedeutung. Das deutsche Volk, das länger als vier Jahre zäh und entschlossen die fürchterbare Last des Krieges — im Feld und in der Heimat — getragen hat, darf in diesen Augenblicken, die nicht nur über sein Schicksal, über Krieg und Frieden, sondern auch über das Schicksal der europäischen Kultur entscheiden,

leine innere Festigkeit nicht verlieren. Es ist nur zu natürlich, daß allüberall der deutsche Friedensschritt und seine möglichen Folgen im guten und bösen besprochen wird, das erlaubt aber nicht, daß damit den wilden und — wie selbstverständlich — auch den tödlichsten Gerüchten Tor und Tür geöffnet ist. Wir können abwarten, wie die Antwort Wilsons und seiner Verbündeten auf das deutsche Friedensangebot ausfallen wird. Die eisengraue Mater im Westen hält, und ungestört und ruhig verläuft der Werktag mit seiner fleißigen Arbeit bei uns im Lande. Eine unnötige Erregung, erzeugt durch lächerliche und zum Teil wohl auch bewußt zur Untergrabung der Volksstimmung ausgestreute lägenhafte Gerüchte, kann uns im Inlande wie im Auslande nur schaden und muß den Krieg verlängern, da die Feinde aus der Nervosität des deutschen Volkes neuen Mut fangen werden, sie könnten unser Meer und uns zertrümmern. Wir dürfen nie vergessen, daß ein wesentlicher und, wie wir bekennen müssen, sehr geschickt betriebener Zweig der feindlichen Kriegsführung in der Vergiftung der öffentlichen Meinung in Mitteleuropa besteht. Wir bekämpfen diese zerstörende Maulwurfsarbeit am besten, wenn wir kaltes Blut bewahren und mit der größten Skepsis allen Gerüchten, woher sie auch stammen, entgegentreten. Heute heißt es mehr denn je: Nerven behalten!

Spione und Publikum. Die zahlreichen Plakate „Vorsicht! Spionengefahr!“ in Eisenbahnen, Straßenbahnen, auf Bahnhöfen und an anderen verkehrreichen Stellen weisen darauf hin, daß die Feinde am Werke sind, im Innern unseres Vaterlandes Schaden anzurichten. Man macht die Erfahrung, daß die Bewässerung vielfach gleichgültig geworden ist gegen solche warnenden Anschläge. Mancher denkt sich, es müsse wohl mit den Spionen in unserem Vaterlande nicht so schlimm sein, denn er habe in den fast 50 Kriegsmonaten noch keinen einzigen Spion zu Gesicht bekommen. Eine solche Auffassung wäre indes durchaus unrichtig. Die Spione sind fäker denn je an der Arbeit. Zwar haben die Behörden zur Abwehr der Spionage umfangreiche Maßnahmen getroffen, aber die Mitarbeit weitester Kreise des Volkes kann trotzdem nicht entbehrt werden. Diese Mitarbeit kann zunächst darin bestehen, daß den Behörden — in erster Linie den Polizeibehörden — alles zur Kenntnis gebracht wird, was etwa auf Spionage hindeuten könnte. Wichtig ist es ferner, bei der Einstellung von Arbeitern, Technikern und Gehilfen in Fabriken, Werften, Lagern usw. Vorsicht walten zu lassen, insbesondere bedürfen die Kriegsgefangenen steter sorgfältiger Bewachung. Die Mitarbeit geschieht aber auch durch Selbstsucht und Zurückhaltung bei Gesprächen. Der durch Vertrauensseligkeit in Gesprächen angerichtete Schaden kann unermeßlich sein, Selbst die scheinbar belangloseste Mitteilung kann für den Geaner von Nutzen werden.

Nah und Fern.

Staatsprüfung des Prinzen August Wilhelm. Der Minister des Innern und der Finanzen haben an den Kaiser telegraphiert, daß Prinz August Wilhelm von Preußen nach Anzeige der Prüfungskommission die große Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst mit dem Prädikat „Vollkommen befriedigend“ bestanden habe.

Rund 100 000 Besucher auf der Leipziger Herbstmesse! Wie das Leipziger Mehamt mitteilt, sind zur Herbstmesse 1918 rund 93 000 Bescheinigungen für die Fahrpreisermäßigung ausgestellt, so daß mit denjenigen Besuchern, die die Fahrpreisermäßigung nicht in Anspruch genommen haben, auf eine Gesamtzahl von rund 100 000 auswärtigen Besuchern geschlossen werden muß, gegen 75 000 zur letzten Frühjahrsmesse und 40 000 zur Herbstmesse 1917. Das ist eine Zahl, der keine ähnliche Veranstaltung etwas an die Seite zu setzen hat.

Der Ordensdiebstahl im Münchener Armeemuseum ist aufgeklärt. Zwei Gauner haben einen Kriegsinvaliden, der als Hilfsaufseher im Museum angestellt war, durch Zahlung von 800 Mark veranlaßt, den Diebstahl auszuführen. Die wertvollen Gegenstände wurden dann den Gaunern ausgehändigt. Über den Verbleib der Orden und der beiden Verbrecher ist noch nichts bekannt.

30 000 Mark aus einem Eisenbahnpostwagen gestohlen. Aus einem von Romm nach Zempelburg fahrenden Eisenbahnzug ist aus dem geschlossenen Postwagenabteil eine an das Postamt Ramin gerichtete Wertliste mit 30 000 Mark in Papiergeld geraubt worden. Die Scheibe des Wagenfensters fand man zertrümmert. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Die Cholera in Petersburg. Den neuesten in Stockholm eingetroffenen Nachrichten zufolge hat die Choleraepidemie in Petersburg durchaus nicht nachgelassen, sondern fordert nach wie vor unzählige Opfer. Die Toten werden ohne Sorge und ohne geistlichen Beistand begraben. Man befördert sie auf den elektrischen Bahnen und übergiebt sie auf den Kirchhöfen mit Kalklösung, worauf sie gemeinsam begraben werden.

Ein Haus für Generalfeldmarschall Hindenburg. Die Städtischen Kollegien zu Hannover haben Generalfeldmarschall v. Hindenburg zu seinem 71. Geburtstag ein Haus im Billerdtal am Zoologischen Garten zum Geschenk gemacht. Hindenburg dankte telegraphisch dem Magistrat. Er hoffe, sich an der friedlichen Entwicklung Hannovers auch noch in seinem 72. Lebensjahre erfreuen zu können.

Wiederverwendung gebrauchter Briefumschläge. Briefumschläge werden wegen der Knappheit und Teuerung vielfach zum zweitenmal verwendet. Insbesondere werden dieselben Umschläge mit der gleichen Adresse noch einmal verschickt. Das Reichspostamt hat jetzt auch erlaubt, gewöhnliche Briefsendungen zu befördern, auf deren Umschlägen die erste Aufschrift durch eine neue ersetzt ist. Die alte Aufschrift muß sorgfältig durchkreuzt oder durchstrichen sein. Die zweite Aufschrift muß deutlich und so eingerichtet werden, daß die Stempelabdrücke, postdienstliche Vermerke und Freimarke nicht beeinträchtigt werden.

Teure Herrenhüte. Die allgemeine Teuerung erstreckt sich auch auf die Herrenhüte. Für eine bunte Schülerröhre verlangen die Händler in Warschau 40 Mark. Ein Herrenhut ist unter 50 Mark nicht zu erwerben. Das Aufschreiben eines alten Hutes kostet 15 Mark. Eine weitere Preissteigerung steht nach Angabe der Händler noch bevor.

• **Auch Schauspieler streiken.** Dienstag mittag 12 Uhr versetzen die Schauspieler sämtlicher Privatbühnen in Wien die Proben, um in den Streik zu treten. Nachmittags fand bei dem Polizeipräsidenten zwischen einer Abordnung der Direktoren und Delegierten des österreichischen Bühnenervereins eine Ausgleichsverhandlung statt, mit einem so glücklichen Erfolge, daß den Künstlern, die überall in der Nähe ihrer Theater den Ausgang der Beratung über die Sogenerhöhung erwarteten, rechtzeitig das Signal zum Wiederbeginn der Arbeit gegeben werden konnte.

• **Wie man zu einer wucherpreisfreien Gans kommt.** In Berlin trat ein Herr in ein Geflügelgeschäft auf der Potsdamerstraße und fragte nach Gänsen. Die Inhaberin des Geschäftes sagte, sie hätte Fettgänse, die aber sehr teuer wären, zumal sie sie teuer eingekauft hätte und nannte den Preis 11 bis 12 Mark. Darauf sagte der Herr: „Wollen Sie mir diese Gans zum Höchstpreise von 4,75 Mark geben oder nicht, Sie brauchen nur ja oder nein zu sagen. Ich bin von einem Herrn beauftragt, sie zu kaufen.“ Der Ton, in dem diese Worte gesprochen wurde, ließ keinen Zweifel darüber, daß der Käufer, obwohl er sich wohlweislich hütete, direkte Drohungen auszusprechen, andeuten wollte, daß er unter Umständen weitere Schritte in Aussicht nähme. Der Käufer erhielt nun wirklich seine Gans zum Preise von 4,75 Mark und nun damit ab.

• **120 Milliarden preussisches Privateigentum.** Nach den Erhebungen über die Ergänzungsteuerpflichtigen in Preußen für 1917 wurden 1 980 607 Ergänzungsteuerpflichtige, also Personen, die über 6000 Mark Vermögen besitzen, festgestellt. Ihr Reinvermögen, das sich nach Abzug der Schulden vom Rohvermögen ergibt, bezifferte sich 1917 auf 118,6 Milliarden, gegen 115,3 Milliarden im Jahre 1914. Berücksichtigt man, daß hierzu die große Zahl derer kommt, die nicht mehr als 6000 Mark Vermögen besitzt und ferner alle die, denen die Steuer vorübergehend erlassen wurde, so ergibt sich für Preußen ein Privateigentum von über 120 Milliarden Mark.

• **Den Bruder auf der Jagd erschossen.** Bei einer in Niederwürschitz bei Lugau abgehaltenen Rebhühnerjagd hatte einer der Jäger das Unglück, mit einem Schuß seinen eigenen Bruder, den Waidmeister und Gemeindevorsteher Marbach, so unglücklich zu treffen, daß dieser nach kurzer Zeit verstarb.

• **Ein teurer Fidiß.** Bei Münster in Westfalen benutzte ein Arbeitsmann in hastiger Eile zum Feueranmachen verlebendliche einen Fünzigmarkstein. Als seine Frau in der Küche erschien, war der Schein bereits verbrannt.

• **Widerspenstige Bauerntweiber.** In Simbach am

Ym (Niederbayern) ist wieder ein Mühlenkontrollleur in Ausübung seines Dienstes von einer Weiberschär und einem Mann überfallen und schwer mißhandelt worden. Die Weiber streuten ihm Sand in die Augen, entrißen ihm seine Waffe und verprügelten den Beamten.

• **36 Zigarrenfabriken in der Schweiz geschlossen.** 10 Zigarrenfabriken in Châtasso haben wegen Rohstoffmangels den Betrieb geschlossen. Auch die übrigen 26 Zigarrenfabriken des Kantons Tessin werden noch im Laufe dieses Monats folgen.

• **Die Bahnverbindung mit dem Balkan.** Der Balkanzug wird Berlin wie gewöhnlich verlassen, jedoch in Anbetracht der unsicheren Verkehrsverhältnisse in Bulgarien voraussichtlich nur bis Nisch durchgeführt werden können. Es wird wahrscheinlich möglich sein, die Reisenden von Nisch aus in Lokalzügen nach Sofia und Konstantinopel weiter zu befördern.

• **Ein Entleidungsdekret.** Die russische Sowjetregierung hat ein neues Dekret erlassen, demzufolge jeder russische Bürger nur einen Anzug, nur ein Paar Stiefel und nur zwei Hemden besitzen darf. Alles übrige wird beschlagnahmt und von der Sowjetregierung dem Volke „im Bedarfsfalle“ zum Verbrauch ausgeliefert.

• **Große Scheckfälschung.** Ein riesiger Schwindel wurde in Brüssel verübt. Es handelte sich um einen Barbetrag von 287 000 Mark, der von Unberechtigten erhoben und zum großen Teil nach Paris in der Lausitz gebracht wurde. Hier soll das Geld versteckt gehalten werden. An dem Schwindel sind ein früherer Verkehrsleiter Boide und ein Kontorist Weber, die beide in Brüssel bei einer Reichsstelle beschäftigt waren, beteiligt. Beide wurden verhaftet, verweigern jedoch die Auskunft, wo sie das erschwindelte Geld versteckt haben.

• **Landwirtschaftliche Kriegswaffenunterstützung.** Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen hat beschloffen, zur Erleichterung der sachlichen Ausbildung bedürftiger Landwirtschaftler, deren Väter im Kriege gefallen sind, und die den elterlichen Hof übernehmen wollen, eine landwirtschaftliche Kriegswaffenunterstützung einzurichten und die erforderlichen Mittel von der Hauptkammer zu erbitten.

• **Die Fünfundzwanzigpfennigstücke aus Nickel** gelten seit dem 1. Oktober nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Seit diesem Tage ist niemand verpflichtet, sie in Zahlung zu nehmen. Nur bei den Reichs- und Landesbanken werden noch bis zum 1. Januar 1919 Fünfundzwanzigpfennigstücke aus Nickel zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsbanknoten, Reichsbankscheine oder Darlehnskassenscheine und bei Beträgen unter 1 Mark gegen Bargeld umgetauscht.

• **Gegen übermäßige Preise für Schulbücher richtet**

sich eine Verfügung des preussischen Unterrichtsministers. Der Erlass geht davon aus, daß im weiteren Verlaufe des Krieges die Herstellungskosten für die Bücher infolge der fortschreitenden Erhöhung der Löhne sowie der Papier- und Einbandpreise dauernd gestiegen sind. Eine Erhöhung der Schulbücherpreise sei deshalb nicht zu vermeiden. Der Minister hat aber den Verlegern gegenüber die Erwartung ausgesprochen, daß sie sich bei den Preisforderungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränken werden.

• **Der Spargeldzuwachs bei den Berliner Sparkassen.** Im September haben sich die Spareinlagen in den Berliner Sparkassen um 12 Millionen Mark vermehrt. Seit Jahresbeginn beträgt die Zunahme 181 Millionen Mark gegen 78 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

• **Ein Urlaubszug verunglückt.** Einer Nachricht aus Köln zufolge fuhr ein von Erdorf kommender Personenzug auf einem vor der Station Neberath haltenden Militärurlaubszug. Der Personenzug hatte Fahrterlaubnis erhalten, ehe die Rückmeldung über das Freigleis der Strecke eingelaufen war. Unglücklicherweise behinderte starker Nebel auch noch die Aussicht. Von dem Militärurlaubszug wurden 16 Militärpersonen getötet, 10 schwer und etwa 30 leicht verletzt.

• **Elise Werner gestorben.** In Meran ist Elise Werner-Bürstenbinder, die bekannte Schriftstellerin, gestorben. Sie hat in den sechziger und achtziger Jahren zu den beliebtesten deutschen Erzählerinnen gehört und konnte an Ruhm mit der Maritk wetteifern. Die meisten ihrer Romane sind in der „Gartenlaube“ erschienen. Unter ihren besten und bekanntesten Werken sind zu nennen: „Am Altar“, „Glückauf“, „Nineta“, „Um hohen Preis“, „Die Alpensee“, „Freie Bahn“.

• **Briefverkehr mit dem Auslande.** Auf Briefen und Postkarten nach dem Auslande hat der Absender gemäß einer Verordnung des Reichskanzlers vorzuzusetzen, daß aus militärischen Gründen seinen Vor- und Zunamen und seinen Wohnort nebst Straße und Hausnummer anzugeben. Briefe und Postkarten, die diesen Vermerk nicht enthalten, werden von der Beförderung ausgeschlossen.

• **Verlagsbuchhändler Koehler gefallen.** Der Inhaber eines der größten buchhändlerischen Unternehmen Deutschlands, Rittmeister d. R. K. F. Koehler in Leipzig, hat im Alter von 40 Jahren den Heldentod für das Vaterland gefunden. Er war Seniorchef der Firma K. F. Koehler, E. F. Steinackerer u. Hermann Schulze. Sein jüngerer Bruder ist bereits am Anfang des Krieges gefallen.

Landwirte, gebt acht auf die gefüllten Scheunen!

(Fortsetzung des amtlichen Teiles aus dem Hauptblatt.)

Höchstpreise für Gemüse.

Mit Wirkung vom 13. Oktober 1918 ab werden mit Zustimmung und im Auftrage der Reichsstelle für Gemüse und Obst und auf Grund der Bekanntmachung über Erzeugerpreise für Gemüse vom 22. August 1918 sowie gemäß der Bundesratsverordnung vom 9. März 1918 über Preise für Hülsen-, Hack- und Desfrüchte folgende Höchstpreise festgesetzt:

Erzeugerpreis: — frei Bahnwagen oder Schiff — (vertrags- freie Ware)	Gruppe I:		Gruppe II:		Gruppe III:			
	Großh.	Kleinh.	Großh.	Kleinh.	Großh.	Kleinh.		
	Preis	Preis	Preis	Preis	Preis	Preis		
1. Weißkohl	3.75	4	9	13	7.5	11	6	9 Pf. je
2. Rotkohl	7	7.5	13.5	18	11.5	16	10	15 „ Pfd.
3. Wirsingkohl	6.5	7	13	18	11	16	9.5	13 „ „
4. Bräunkohl	7	7.5	14	19	12	17	10.5	15 „ „
5. Rote Möhren und längliche Karotten (ohne Kraut)	6.5	7	12.5	17	10.75	16	9	13 „ „
6. Gelbe Möhren (ohne Kraut)	4.75	5	10	15	8.5	12	6.5	9 „ „
7. Weiße Möhren (ohne Kraut)	3	3.5	7.5	11	6	9	4.5	7 „ „
8. Kleine runde Karotten	12	13	18	25	16.5	23	15	21 „ „
9. Rote Rüben (rote Beete)	7	8	12	17	11	16	10	15 „ „
10. Gelbe Kohlrüben	2.25	2.5	6	10	5	8	4.25	7 „ „
11. Weiße Kohlrüben	1.75	2	5	9	4.5	7	3.75	6 „ „
12. Zwickeln (ohne Kraut) mit Sack	14.5	15	25	33	23.5	31	22.5	30 „ „
13. Herbst-, Wasser-, Stoppelrüben, Mairrüben, sowie Runkelrüben (Futterrunkelrüben)	1.5	1.5	3	6	2.5	5	2.25	5 „ „

Unter Gruppe I fallen die Kommunalverbände: Dresden-Stadt und Land, Leipzig-Stadt, Chemnitz-Stadt, Plauen-Stadt.

Zu Gruppe II gehören die Kommunalverbände: Annaberg, Auerbach, Baunzen-Stadt, Chemnitz-Land, Döbeln, Freiberg-Stadt, Freiberg-Land, Flöha, Glauchau, Großenhain, Leipzig-Land, Marienberg, Delitzsch, Pirna, Plauen-Land, Rochlitz, Schwarzenberg, Stollberg, Zittau-Stadt und -Land, Zwickau-Stadt, Zwickau-Land.

Die Preise der Gruppe III gelten für die Kommunalverbände Baunzen-Land, Borna, Dippoldiswalde, Grimma, Löbau, Melken-Stadt und -Land, Oschatz, Kamenz.

Die Kommunalverbände sind berechtigt und nach Befinden verpflichtet, niedrigere Groß- und Kleinhandelshöchstpreise, als in ihrem Bezirk nach den Bestimmungen unter I und II Geltung haben würden, festzusetzen.

Auf jeden Fall sind sie verpflichtet, binnen 8 Tagen die in ihrem Bezirk nunmehr gültigen Preise — gleichgültig ob sie von der Befugnis der Senkung der Handelspreise Gebrauch machen oder nicht — nochmals bekanntzumachen.

Vom 13. Oktober 1918 ab tritt die Ministerialverordnung Nr. 1517 V G 2 vom 29. August 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 202 vom 30. 8. 18) insoweit außer Kraft, als durch die vorstehende Verordnung für die einzelnen Gemüsesorten neue Preise festgesetzt sind; im übrigen behält sie ihre Gültigkeit.

Dresden, am 10. Oktober 1918.

1831 V G 2

Ministerium des Innern.

4684

Höchstpreise für Speisekartoffeln.

Mit Rücksicht auf die Abänderungs-Verordnung des Kgl. Ministeriums des Innern, betz. Ergänzung und Berichtigung der Verordnung über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1918/19 vom 2. Oktober 1918 (Sächs. Staatszeitung Nr. 232), enthält Punkt VI der Bekanntmachung des Bezirksverbandes über den Verkehr mit Herbstkartoffeln vom 27. September 1918 folgende Fassung:

a) Der Höchstpreis für den Bezug von Speisekartoffeln auf Landeskartoffelkarte unmittelbar beim Erzeuger ist auf 6.50 M. für den Zentner festgesetzt worden. Hierzu darf für jeden bis zum 31. Dezember 1918 gelieferten Zentner die reichsgesetzliche Schnelligkeitsprämie von 50 Pfg. und eine Anfuhrprämie von 5 Pfg. für jeden angefangenen km, jedoch unter Abrechnung des ersten km, gezahlt werden. Dieser Preis gilt auch für die Lieferung von Speisekartoffeln, die der Bezirksverband durch Ankauf in den Ueberführungsgemeinden des Bezirks sichergestellt hat und die als Pflichtmengen an den Bezirk zu liefern sind.

Uebernimmt der Erwerber den Transport der Kartoffeln vom Gehöfte des Erzeugers ab, so fällt der km-Zuschlag weg.

Bei Lieferung unverlesener Kartoffeln tritt eine Ermäßigung von 50 Pfg. für den Zentner ein.

b) Erfolgt der Bezug von Speisekartoffeln auf Landeskartoffelkarte zentnerweise durch Vermittelung von Händlern oder Gemeinden, dürfen im Höchsthalle 8.50 M. für den Zentner gefordert und bezahlt werden.

c) Der Kleinhandelshöchstpreis für Speisekartoffeln, die pfundweise von den Gemeinden bzw. den von diesen beauftragten Stellen an die versorgungsberechtigten Verbraucher auf Bezirkskartoffelkarte verkauft werden, wird bis auf weiteres auf 10 1/2 Pfg. festgesetzt. Die Gemeinden sind jedoch verpflichtet, den Verkaufspreis nicht höher zu bemessen, als der Gestehungspreis zuzüglich der den Gemeinden bis zur Ausgabe an die Verbraucher erwachsenden tatsächlichen Ankosten beträgt. Zahlreichen Gemeinden des Bezirks ist daher die Festsetzung eines niedrigeren Verkaufspreises möglich, als der Kleinhandelshöchstpreis beträgt.

d) Zuwiderhandlungen werden nach den einschlagenden Bestimmungen bestraft.

Pirna, am 12. Oktober 1918.

Für den Bezirksverband: Königliche Amtshauptmannschaft.